



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

RC/ad hoc/11

ORIGINAL: englisch

DATUM: 16. September 1978

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

AD HOC AUSSCHUSS FÜR DIE REVISION DES ÜBEREINKOMMENS

Genf, 11. bis 15. September 1978

BERICHTSENTWURF

vom Verbandsbüro ausgearbeitet

Eröffnung der Tagung

1. Die Tagung des Ad Hoc Ausschusses für die Revision des Übereinkommens (nachstehend als "Ausschuss" bezeichnet) fand vom 11. bis 15. September 1978 in Genf statt. Alle zehn Verbandsstaaten waren vertreten. Einem Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika war auf Bitte des US Department of State die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit den Ausschussmitgliedern gegeben worden. Zu diesem Zweck nahm er an den Beratungen am 13. und 14. September teil. Die Teilnehmerliste ist diesem Bericht als Anlage I beigelegt.

2. Die Tagung wurde von Herrn H. Skov (Dänemark), dem Vorsitzenden des Ausschusses, eröffnet, der die Teilnehmer begrüßte. Er würdigte die Verdienste, die sich Herr J.I.C. Butler vor seinem Tod in den ersten Monaten dieses Jahres um die Vorbereitung der Revision des UPOV-Übereinkommens erworben habe.

Annahme der Tagesordnung

3. Der Ausschuss nahm die Tagesordnung in der Fassung von Dokument RC/ad hoc/1 an. Die Erörterungen im Ausschuss stützten sich auf die Dokumente DC/1 bis 10 und RC/ad hoc/2 bis 9.

Bericht

4. Der Ausschuss beschloss, dass der vorliegende Bericht nur die vom Ausschuss erzielten Schlussfolgerungen wiedergeben solle und dass ein Berichtsentwurf so schnell wie möglich versandt werden solle, da die Zeit, die bis zur Diplomatischen Konferenz zur Verfügung stehe, kurz sei.

Aufgaben des Ausschusses; Verfahren in der Diplomatischen Konferenz

5. Nach der vom Rat während seiner elften Tagung vom 6. bis 9. Dezember 1977 getroffenen Entscheidung (siehe Dokument C/XI/21, Abschnitt 58 und Anlage III), bestand die Hauptaufgabe des Ausschusses darin, die Bemerkungen zu prüfen, die zu dem vorgeschlagenen neuen Text des UPOV-Übereinkommens eingegangen sind, und die Revision des Artikels 13 zu erörtern. Der Generalsekretär brachte in Erinnerung, dass nach der Vorläufigen Verfahrensordnung der Diplomatischen Konferenz nur Dokument DC/3 und nichts anderes die Grundlage der Erörterungen dieser Konferenz bilde

und dass jeder Vorschlag für die Annahme eines anderen Wortlauts zu jedwedem Punkt von einer Regierungsdelegation der Diplomatischen Konferenz als ein "Änderungsvorschlag" (siehe Regel 30 Absatz 3 der Vorläufigen Verfahrensordnung) vorgelegt werden müsse. Änderungsvorschläge würden in schriftlicher Form dem Sekretär des zuständigen Organs, d.h. der als Plenum tagenden Konferenz oder einem Ausschuss oder einer Arbeitsgruppe der Diplomatischen Konferenz, zu übergeben sein (siehe Regel 30 Absatz 3 der Vorläufigen Verfahrensordnung).

Erörterungen von Bemerkungen zum Entwurf des revidierten Übereinkommens

6. Die Erörterungen stützten sich auf die Dokumente RC/ad hoc/7 (Zusammenstellung der Bemerkungen zu dem Entwurf eines revidierten Übereinkommens (Dokumente DC/3 bis 5), die dem Verbandsbüro vor dem 5. September 1978 zugegangen und in den Dokumenten DC/6 bis 8 und RC/ad hoc/4 bis 6 wiedergegeben sind), DC/9 (Bemerkungen der niederländischen Delegation), DC/10 (Berichtigte Bemerkungen der AIPH) und RC/ad hoc/9 (vom US State Department übermittelter Vorschlag zu Artikel 13 des UPOV-Übereinkommens).

7. Der Ausschuss fand nicht die Zeit, die meisten Vorschläge zur redaktionellen Fassung des Entwurfs des revidierten Übereinkommens zu prüfen. Die südafrikanische Delegation bemerkte, dass ein Teil der gegenwärtigen Mitgliedsstaaten ihre Sortenschutzgesetze auf die im gegenwärtigen Wortlaut des Übereinkommens verwendeten Formulierungen gestützt hätten, und erklärte ihre Bereitschaft, ihre redaktionellen Vorschläge zurückzuziehen, falls sich zeigen sollte, dass ihre Annahme zu Schwierigkeiten führen werde.

8. Der Ausschuss prüfte nicht im einzelnen die vertragsrechtlichen Vorschriften, da er sich hierzu nicht berufen fühlte. Die niederländische Delegation erläuterte ihre wesentlichen Vorschläge in Dokument DC/9, insbesondere die Vorschläge, die sich auf die Artikel 32B (Beziehungen zwischen Staaten, für die unterschiedliche Fassungen verbindlich sind) und Artikel 38 (Reglung von Streitigkeiten).

9. Die wesentlichen Schlussfolgerungen, zu denen der Ausschuss gelangt ist, sind in den folgenden Abschnitten zusammenfassend dargestellt; die meisten Abschnitte verweisen auf die Abschnittsnummer in Dokument RC/ad hoc/7:

i) Abschnitt 5 (Artikel 2 Absatz 2) - Bedeutung des Begriffs "Sorte"):

Die Ausschussmehrheit befürwortete den neuen Wortlaut in Dokument DC/3. Ein Mitglied erklärte jedoch, seine Regierung würde möglicherweise einen Änderungsvorschlag vorlegen.

ii) Abschnitt 7 (Artikel 3 - Inländerbehandlung; Gegenseitigkeit):

Der Ausschuss sprach sich gegen den Vorschlag der CIOPORA aus.

iii) Abschnitt 11 (Artikel 4 Absatz 3 - Erstreckung des Schutzes auf "wichtige Arten"):

Der Ausschuss einigte sich auf den Entwurf einer Empfehlung; dieser Entwurf ist in Anlage II zu diesem Dokument wiedergegeben.

iv) Abschnitt 12 (Artikel 4 Absatz 3 - Anzahl der schutzfähigen Gattungen und Arten):

Der Ausschuss sprach sich für beide Vorschläge aus, die in dieser Sache gemacht worden sind.

v) Abschnitte 14 und 15 (Artikel 5 Absatz 1 - Obligatorischer Schutz des Endprodukts; Empfehlung zum Schutz von Zierpflanzen):

Der Ausschuss einigte sich auf den Entwurf einer Empfehlung; die Empfehlung ist in Anlage III zu diesem Dokument wiedergegeben.

vi) Abschnitt 16 (Artikel 5 Absatz 1 - Umgehung des Schutzes):

Der Ausschuss sprach sich gegen die von ASSINSEL vorgeschlagene Änderung aus.

vii) Abschnitt 17 (Artikel 5 Absatz 1 - "Landwirtsprivileg"):

Der Ausschuss brachte die Meinung zum Ausdruck, dass es wünschenswert sei, wenn diese Frage in der Diplomatischen Konferenz nicht aufgeworfen würde.

viii) Abschnitt 18 (Artikel 5 Absatz 1 - Schutz von Jungpflanzen):

Der Ausschuss umschrieb die Reichweite des Problems, erzielte aber keine Übereinstimmung.

ix) Abschnitt 19 (Artikel 5 Absatz 1 - Benutzung des Endprodukts als Vermehrungsmaterial):

Für den Fall, dass der Diplomatischen Konferenz ein ausführlicherer Vorschlag als derjenige, auf den dieser Abschnitt Bezug nimmt, vorgelegt werden sollte, war der Ausschuss der Meinung, dass es sich lohnen würde, ihn zu erörtern. Die Änderung des dritten Satzes von Artikel 5 Absatz 1 wurde indes nicht befürwortet.

x) Abschnitt 21 (Artikel 5 Absatz 3 - Redaktion):

Der Ausschuss erzielte zu dem Vorschlag, das Wort "initial" [in der englischen Fassung] und das Wort "initiale" [in der französischen Fassung] zu streichen, keine Übereinstimmung.

xi) Abschnitt 25 (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b - Vertrieb von Sorten):

Der Ausschuss sprach sich gegen die vorgeschlagene Änderung des ersten Satzes dieser Bestimmung aus.

xii) Abschnitt 26 (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b - Neuheitsschonfrist):

Der Ausschuss sprach sich für die Beibehaltung der vorgeschlagenen Möglichkeit aus, eine Neuheitsschonfrist zu gewähren, wie dies in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i (in der Fassung von Dokument DC/3) vorgesehen ist. Der Alternativvorschlag in Abschnitt 26 von Dokument RC/ad hoc/7 fand keine Unterstützung.

xiii) Abschnitt 28 (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b - Versuche, die das Recht auf Schutz nicht beeinträchtigen):

Der Ausschuss unterstützte nicht den Vorschlag der AIPH zu Unterabsatz b und führte aus, die vorgesehene Fassung des gesamten Artikel 6 Absatz 1 stehe nicht im Widerspruch zu der Schlussfolgerung, dass jeder Staat selbst die Trennungslinie zwischen einer Benutzung zu Versuchszwecken und einem gewerblichen Vertrieb zu ziehen habe.

xiv) Abschnitt 29 (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b - Bekanntwerden der Sorte):

Der Ausschuss sah keine Notwendigkeit, in den letzten Satz von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b die Wörter einzufügen: "mit Zustimmung des Züchters."

xv) Abschnitt 30 (Artikel 6 Absatz 1 - Redaktion):

Der Ausschuss sprach sich für den Vorschlag aus, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii dadurch zu vereinfachen, dass der Ausdruck "Reben und Bäume, einschliesslich ihrer Unterlagen" verwendet wird.

xvi) Abschnitt 31 (Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 34A Absatz 2 - Anwendung auf nationaler Ebene):

Der Ausschuss sprach sich dafür aus, in Artikel 34A Absatz 2 den Begriff "Neuheitskriterien" durch "Kriterien für die Patentierbarkeit" zu ersetzen.

xvii) Abschnitt 32 (Artikel 7 - Zusammenarbeit bei der Prüfung):

Der Ausschuss unterstützte nicht den Vorschlag der CIOPORA.

xviii) Abschnitt 33 (Artikel 7 - Vorläufiger Schutz):

Der Ausschuss erzielte keine Übereinstimmung zu der Frage, ob der vorläufige Schutz obligatorisch gemacht werden soll. Er sprach sich dafür aus, zu Beginn von Absatz 3 die Wörter "In der Zeit" durch "Für die Zeit" zu ersetzen.

xix) Abschnitt 34 (Artikel 7 - Redaktion):

Die Mehrheit im Ausschuss unterstützte nicht den Vorschlag, in Artikel 7 Absatz 1 zweiter Satz die Wörter "botanischen Gattung oder Art" durch "Sorte" zu ersetzen und sprach sich für die Streichung des Begriffs "botanisch" in dem wiedergegebenen Ausdruck aus. Es wurden auch andere Vorschläge gemacht, insbesondere der Vorschlag, diesen Satz wie folgt zu fassen: "Diese Prüfung muss den einzelnen Gattungen oder Arten unter Berücksichtigung ihrer üblichen Vermehrungssysteme angepasst sein." Hierzu wurde jedoch keine Schlussfolgerung getroffen.

xx) Abschnitt 36 (Artikel 8 - Verlängerung der Schutzdauer):

Der Ausschuss unterstützte nicht den Vorschlag, die Mindestschutzdauer für Kartoffeln, mehrjährige Gräser und Klee sowie für Obstbäume zu verlängern.

xxi) Abschnitt 38 (Artikel 8 - Redaktion):

Der Ausschuss sprach sich für den Vorschlag aus, den Artikel dadurch zu vereinfachen, dass der Ausdruck "für Reben und Bäume, einschliesslich ihrer Unterlagen" verwendet wird.

xxii) Abschnitt 39 (Artikel 9 - Weite Verbreitung):

Der Ausschuss sprach sich gegen eine Änderung von Artikel 9 aus.

xxiii) Abschnitt 40 (Artikel 9 und Artikel 10 - Auslegung):

Der Ausschuss brachte zum Ausdruck, dass jeder Staat das Verhältnis der Artikel 9 und 10 zu den Kartell- und vergleichbaren Gesetzen selbst im Wege der Auslegung zu bestimmen habe.

xxiv) Abschnitt 41 (Artikel 10 - Redaktion):

Das dem Artikel 10 zugrundeliegende Prinzip wurde bekräftigt und im einzelnen erläutert. Zweifel wurden zum Ausdruck gebracht, ob Artikel 10 Absatz 2 nicht reaktionell verbessert werden sollte.

xxv) Abschnitt 45 (Artikel 12 Absatz 1 - Verlängerung der Prioritätsfrist):

Die Mehrheit im Ausschuss sprach sich gegen die Ansicht aus, dass die Prioritätsfrist auf zwei Jahre verlängert werden sollte.

xxvi) Abschnitt 46 (Artikel 12 Absatz 1 - Berechnung der Prioritätsfrist):

Der Ausschuss sprach sich gegen den Vorschlag der ASSINSEL aus.

xxvii) Abschnitt 47 (Artikel 12 - Vierjahresfrist):

Der Ausschuss erläuterte den Artikel 12 und bekräftigte, dass Verbandsstaaten, die keine amtlichen Anbauprüfungen durchführen, nicht verpflichtet seien, die Bearbeitung der Schutzrechtsanmeldung, für die die Priorität einer älteren Anmeldung in Anspruch genommen worden ist, vier Jahre aufzuschieben.

xxviii) Abschnitt 49 (Artikel 12 - Verhältnis zu Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums - Anwendung auf nationaler Ebene):

Es wurde im einzelnen dargelegt, dass ein Verbandsstaat, der Sorten durch Patente schützt, verpflichtet sei, das UPOV-Übereinkommen und das Übereinkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums anzuwenden. Es wurde weiterhin erläutert, dass die Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens über die Priorität in einer Weise abgefasst worden seien, dass sie mit denjenigen der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums nicht im Widerspruch ständen.

xxix) Abschnitte 50 und 51 (Artikel 13 - Terminologie - Zweck der Sortenbezeichnung):

Der Ausschuss sprach sich gegen die Vorschläge der CIOPORA aus.

xxx) Abschnitte 53, 54 und 57 (Artikel 13 - Verhältnis zwischen Sortenbezeichnungen und Warenzeichen):

Der Ausschuss prüfte eingehend diese Frage auf der Grundlage der einzelnen Vorschläge, die bisher gemacht worden sind und im Verlauf der Diskussion gemacht wurden, insbesondere auf Grund der Vorschläge, die in der Anlage IV zu diesem Dokument wiedergegeben ist. Zu keinem dieser Vorschläge wurde jedoch eine Übereinstimmung erzielt.

xxxi) Abschnitt 55 (Artikel 13 - Übersetzung von Sortenbezeichnungen):

Der Ausschuss sprach sich für den Vorschlag aus, in Artikel 13 Absatz 5 die Wörter "eine Übersetzung der ursprünglichen Sortenbezeichnung oder" zu streichen.

xxxii) Artikel 13 - Übermittlung von Informationen zu Sortenbezeichnungen:

Der Ausschuss nahm Kenntnis von den Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich bei der Übermittlung von Informationen zu Sortenbezeichnungen aus dem Gebot ergeben, Patentanmeldungen vertraulich zu behandeln.

xxxiii) Artikel 13 - Obligatorische Verwendung von Sortenbezeichnungen):

Der Ausschuss nahm Kenntnis von dem beschränkten Geltungsbereich der Patentgesetze der Vereinigten Staaten von Amerika, wodurch es unmöglich gemacht werde, die Verwendung der Sortenbezeichnung aufgrund dieser Gesetze zu verlangen.

xxxiv) Abschnitte 61 und 62 (Artikel 21 - Aufgaben des Rats):

Der Ausschuss sprach sich dafür aus, Unterabsatz c wie folgt zu ändern:

"c) Er erteilt dem Generalsekretär... alle erforderlichen Richtlinien für die Durchführung der Aufgaben des Rats."

Der Ausschuss sprach sich ferner dafür aus, Unterabsatz g wie folgt zu ändern:

"g) Er ernennt den Generalsekretär und, falls er dies für erforderlich hält, einen Stellvertretenden Generalsekretär."

In diesem Zusammenhang kam der Ausschuss überein, dass während der Diplomatischen Konferenz der Rat zu einer ausserordentlichen Tagung zusammengerufen werden solle. Während dieser Tagung sollte der Rat seinen Präsidenten ermächtigen, an den Generaldirektor der WIPO ein Schreiben des Inhalts zu richten, dass der Rat einen Stellvertretenden Generalsekretär nicht ernennen wird, ohne zuvor um die Zustimmung des Generalsekretärs nachgesucht zu haben. Wegen eines weiteren Tagesordnungspunkt dieser Ratstagung siehe unten Abschnitt 13.

xxxv) Artikel 26 - Finanzen:

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland schlug für Artikel 26 Absätze 2 und 4 Buchstabe a einen neuen Wortlaut vor, der in Anlage V zu diesem Dokument wiedergegeben ist. Der Ausschuss traf keine Schlussfolgerungen in dieser Sache.

xxxvi) Artikel 27 - Revision des Übereinkommens:

Die italienische Delegation schlug vor, dass nicht nur der Rat (mit der in Artikel 22 genannten Mehrheit), sondern auch eine Anzahl von Verbandsstaaten (die Zahl wurde nicht näher angegeben) die Möglichkeit haben solle, die Einberufung einer Revisionskonferenz zu beschliessen. Der Ausschuss traf keine Schlussfolgerungen in dieser Sache.

xxxvii) Artikel 28 - Vom Verbandsbüro und vom Rat zu verwendende Sprachen:

Die italienische Delegation schlug vor, dass auch die italienische Sprache vom Verbandsbüro und im Rat verwendet werden solle. Der Ausschuss traf keine Schlussfolgerungen in dieser Sache.

xxxviii) Artikel 32 Absatz 3 - Beitritt von Staaten:

Der Ausschuss unterstützte nicht den Vorschlag der ASSINSEL, diese Organisation zu konsultieren, falls Staaten beantragen würden, zum Beitritt zum UPOV-Übereinkommen zugelassen zu werden.

xxxix) Abschnitt 69 (Artikel 32A Absatz 2 - Redaktion):

Der Ausschuss sprach sich für die von Südafrika vorgeschlagene Änderung aus.

xl) Artikel 37 - Schutz bestehender Rechte:

Die italienische Delegation schlug vor, Artikel 37 in dem Sinne klarzustellen, dass das Übereinkommen Rechte nicht beeinträchtigt, die in einem Verbandsstaat zu dem Zeitpunkt bestehen, zu dem das Übereinkommen für das Hoheitsgebiet dieses Staats in Kraft tritt. Der Ausschuss traf keine Schlussfolgerungen in dieser Sache.

xli) Artikel 15 ff - Verwaltungsbestimmungen und vertragsrechtliche Bestimmungen:

Die italienische Delegation erklärte einen allgemeinen Vorbehalt zu diesen Artikeln, der von dem Ausschuss zur Kenntnis genommen wurde.

Erörterungen von Fragen die die Diplomatische Konferenz betreffen

10. Die Erörterung stützte sich im wesentlichen auf die Dokumente DC/2 (Vorläufige Verfahrensordnung für die Diplomatische Konferenz) und RC/ad hoc/3 (vom Verbandsbüro ausgearbeiteter Vermerk zur Organisation der Diplomatischen Konferenz).

11. Der Ausschuss beschloss, dass für die Zeit ab Mittwoch, dem 11. Oktober 1978, ein zweites Dolmetscherteam angestellt werden solle, damit mehr Zeit für die Erörterung von Fragen des Artikels 13 zur Verfügung stehe.

12. Der Ausschuss beschloss ferner, dass die Presse zu der Eröffnung der Diplomatischen Konferenz eingeladen werden solle, anstatt kurz nach dem Beginn der Diplomatischen Konferenz zu einer Pressekonferenz einzuladen. Er nahm den Wunsch zur Kenntnis, dass auch die internationalen Presseagenturen - und nicht nur die örtliche Presse - eingeladen werden sollten.

Sonstiges

13. Der Ausschuss nahm von dem Wunsch der Sowjetunion Kenntnis, zu den nächsten Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses und des Technischen Ausschusses eingeladen zu werden. Er kam überein, dass auf der ausserordentlichen Ratstagung, die während der Diplomatischen Konferenz einberufen werden solle, (siehe Abschnitt 9 Ziffer xxxiv oben) eine Entscheidung auch in dieser Frage getroffen werden solle.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

LIST OF PARTICIPANTS/LISTE DES PARTICIPANTS/TEILNEHMERLISTE

I. MEMBER STATES/ETATS MEMBRES/VERBANDSSTAATENBELGIUM/BELGIQUE/BELGIEN

M. R. DERVEAUX, Inspecteur général au Ministère de l'Agriculture, Service juridique, 1, rue Marie-Thérèse (3e étage), 1040 Bruxelles

DENMARK/DANEMARK/DÄNEMARK

Mr. H. SKOV, Chief of Administration, Secretariate of the Danish Research Service for Soil and Plant Sciences, Statens Planteavlkontor, Virumgaard, Kongevejen 83, 2800 Lyngby

FRANCE/FRANKREICH

M. B. LACLAVIERE, Secrétaire général du Comité de la protection des obtentions végétales, 11, rue Jean Nicot, 75007 Paris

M. J.G. BUSTARRET, Directeur général honoraire de l'INRA, 35c, rue Henri Simon, 78000 Versailles

M. Y.-D. LAUGIER, Chef de la Division des marques, 9, rue du Delta, Paris 75009

Mme. M. ARGOT, Division des marques, 9, rue du Delta, Paris 75009

GERMANY (FED. REP. OF)/ALLEMAGNE (REP. FED. D')/DEUTSCHLAND (BUNDESREPUBLIK)

Dr. D. BÖRINGER, Präsident, Bundessortenamt, Rathausplatz 1, 3000 Hannover 72

Mr. W. BURR, Regierungsdirektor, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Rochusstrasse 1, 5300 Bonn

Mr. H. KUNHARDT, Leitender Regierungsdirektor, Bundessortenamt, Rathausplatz 1, 3000 Hannover 72

Dr. A. MÜHLEN, 1. Sekretär, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, 28D, Chemin du Petit-Saconnex, 1211 Genf 19

Mr. H.J. SCHMID, Regierungsdirektor, Bundesministerium der Justiz, Heinemannstr. 6, 5300 Bonn

ITALY/ITALIE/ITALIEN

Mr. A. SINAGRA, Professeur, Université - Trieste, Magistrat de Tribunal, Ministère des Affaires Etrangères, Rome, Bureau du "Delegato per gli Accordi di Proprietà intellettuale"

NETHERLANDS/PAYS-BAS/NIEDERLANDE

Mr. K.A. FIKKERT, Legal Advisor, Ministry of Agriculture and Fisheries, Bezuidenhoutseweg 73, The Hague

Mr. A.W.A.M. VAN DER MEEREN, Board for Plant Breeders' Rights, P.B. 104, 6700 AC Wageningen

Mr. R. DUYVENDAK, Head of Section for Registration of Varieties of Agricultural Crops, RIVRO, Postbus 32, 6700 AA Wageningen

SOUTH AFRICA/AFRIQUE DU SUD/SÜDAFRIKA

Mr. J.U. RIETMANN, Agricultural Attaché, South African Embassy, 59, Quai d'Orsay,
75007 Paris

SWEDEN/SUEDE/SCHWEDEN

Mr. C. UGGLA, President of the Court of Patent Appeals, 10242 Stockholm

SWITZERLAND/SUISSE/SCHWEIZ

Mr. W. GFELLER, Chef des Büros für Sortenschutz, Abteilung für Landwirtschaft,
Büro für Sortenschutz, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern

Mr. K. WÜTHERICH, juristischer Beamter, Amt für geistiges Eigentum, Eschmann-
Strasse 2, 3003 Bern

UNITED KINGDOM/ROYAUME-UNI/VEREINIGTES KÖNIGREICH

Mr. P.W. MURPHY, Controller of Plant Variety Rights, Ministry of Agriculture,
Fisheries and Food, Whitehouse Lane, Huntingdon Road, Cambridge CB3 0LE

II. OBSERVERS/OBSERVATEURS/BEOBACHTER
(September 13 and 14/13 et 14 septembre/13. und 14. September)

UNITED STATES OF AMERICA/ETATS-UNIS D'AMERIQUE/VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Mr. S.D. SCHLOSSER, Attorney, US Patent and Trademark Office,
Washington, DC 20231

III. OFFICER/BUREAU/VORSITZ

Mr. H. SKOV, President

IV. OFFICE OF UPOV/BUREAU DE L'UPOV/BÜRO DER UPOV

Dr. A. BOGSCH, Secretary-General
Dr. H. MAST, Vice Secretary-General
Dr. M.-H. THIELE-WITTIG, Senior Technical Officer
Mr. A. HEITZ, Administrative and Technical Officer

As of September 12, 1978:

Mr. A. WHEELER, Legal Advisor

[Annex II follows]
[L'annexe II suit]
[Anlage II folgt]

ANLAGE II

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG ZU ARTIKEL 4

Die Konferenz,

Im Hinblick auf Artikel 4 Absätze 2 und 3 der revidierten Akte des Übereinkommens,

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Übereinkommen in seinem ursprünglichen Wortlaut von 1961 eine Anlage enthält, in der eine Reihe von wirtschaftlich wichtigen Arten aufgezählt wird, auf welche jeder Verbandsstaat das Übereinkommen innerhalb bestimmter Fristen anzuwenden hat,

Mit Rücksicht darauf, dass diese Anlage in der revidierten Akte gestrichen worden ist und dass dadurch den Verbandsstaaten sowie den Staaten, die beabsichtigen, Mitglieder des Verbandes zu werden, bezüglich der Gattungen und Arten, auf die das Übereinkommen anzuwenden ist, eine grössere Auswahlmöglichkeit gegeben wurde,

In der Erkenntnis, dass es im Interesse sowohl der Landwirtschaft im allgemeinen als auch der Züchter ist, dass Gattungen und Arten mit wirtschaftlicher Bedeutung für schutzfähig erklärt werden,

Empfiehlte jedem Verbandsstaat, sich nach besten Kräften darum zu bemühen, dass die nach seinem Recht schutzfähigen Gattungen und Arten soweit wie möglich die Gattungen und Arten einschliessen, die für diesen Staat von grösserer wirtschaftlicher Bedeutung sind,

Empfiehlte jedem Staat, der beabsichtigt, Mitglied des Verbandes zu werden, die Gattungen oder Arten, auf die das Übereinkommen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens für sein Hoheitsgebiet mindestens anzuwenden ist, aus Gattungen und Arten auszuwählen, die für diesen Staat von grösserer wirtschaftlicher Bedeutung sind.

[Anlage III folgt]

ANLAGE III

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG ZU ARTIKEL 5

Die Konferenz,

Im Hinblick auf Artikel 5 Absätze 1 und 4 der revidierten Akte des Übereinkommens,

In Kenntnis der besonderen Probleme, die das Züchterrecht im Fall bestimmter Gattungen und Arten aufwerfen kann,

Mit Rücksicht darauf, dass es sehr wichtig ist, dass die Züchter in die Lage versetzt werden, ihre Interessen wirksam zu wahren,

Empfiehl, dass in den Fällen, in denen für eine Gattung oder Art die Gewährung von Rechten, die über die in Artikel 5 Absatz 1 vorgesehenen Rechte hinausgehen, wünschenswert ist, um die berechtigten Interessen der Züchter zu wahren, die Vertragsstaaten angemessene Massnahmen nach Artikel 5 Absatz 4 ergreifen.

[Anlage IV folgt]

ANLAGE IV

VORSCHLÄGE ZU ARTIKEL 13

Vorschlag des Vorsitzenden des Ad Hoc Ausschusses¹

"Die Verbandsstaaten ergreifen die notwendigen Massnahmen um sicherzustellen, dass keine Hindernisse den freien Gebrauch der Bezeichnung für diese Sorte einschränken, selbst nicht nach Beendigung des Schutzes."

Vorschlag des Generalsekretärs²

"Jeder Verbandsstaat ergreift die notwendigen Massnahmen um sicherzustellen, dass Rechte des Züchters jedweder Art an dem Wort oder Zeichen, das als Sortenbezeichnung eingetragen ist, den Gebrauch dieser Bezeichnung in Verbindung mit dem Vertrieb oder einer anderen Benutzung der geschützten Sorte in diesem Staat nicht einschränkt."

[Anlage V folgt]

¹ Dieser Vorschlag würde sowohl Absatz 4 Buchstabe a als auch Absatz 8 Buchstabe b von Artikel 13 in der Fassung des Dokuments DC/4 ersetzen.

² Dieser vorgeschlagene Absatz würde Absatz 4 Buchstabe a des Artikels 13 in der Fassung des Dokuments DC/4 ersetzen.

ANLAGE V

VORSCHLAG FÜR ARTIKEL 26

Von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt

In Absatz 2 werden zur Bestimmung der Jahresbeiträge der Verbandsstaaten feststehende Klassen gebildet. Die darin gewählte Form wirft folgende Probleme auf:

In der Fassung des Übereinkommens von 1961 waren drei Beitragsklassen bestimmt:

Erste Klasse	:	fünf Einheiten
Zweite Klasse	:	drei Einheiten
Dritte Klasse	:	eine Einheit

Dieses Schema erwies sich als zu eng, sodass sich Artikel II der Zusatzakte vom 10. November 1972 zur Änderung des Übereinkommens folgende Klassen vorgesehen wurden:

Klasse I	:	5 Einheiten
Klasse II	:	4 Einheiten
Klasse III	:	3 Einheiten
Klasse IV	:	2 Einheiten
Klasse V	:	1 Einheit

Auch dieses Schema erwies sich wieder als zu eng, sodass in der revidierten Fassung nunmehr fünfzehn Klassen vorgeschlagen werden, die sehr unübersichtlich benannt sind, teils mit Buchstaben, teils mit römischen Ziffern, teils mit römischen Ziffern, die durch Kleinbuchstaben* weiter unterteilt sind.

Dieses System wiederholt den Nachteil der früheren Fassungen, nämlich die Klasseneinteilung starr festzulegen. Es ist abzusehen, dass - insbesondere bei Hinzutritt weiterer Staaten zum Verband - das Scheme wieder anpassungsbedürftig wird. Dies insbesondere deshalb, weil sich mit dem Beitritt weiterer Staaten der Wert der nach Absatz 3 berechneten Einheit vermindern wird, sodass sich das Bedürfnis nach Inanspruchnahme der niedrigen Klassen vermindern und das für die Zahlung einer vermehrten Zahl von Einheiten erhöhen wird. Dann würde, sobald von einem Staat mehr als 15 Einheiten übernommen werden sollten, wieder eine Änderung des Übereinkommens erforderlich sein, was bei einer anwachsenden Zahl von Verbandsstaaten schwieriger wird. Es sollte deshalb ein System gewählt werden, das Verschiebungen innerhalb der Skala ohne Änderungen des Übereinkommens ermöglicht. Das setzt vor allem voraus, dass die Skala nicht starr auf 15 Klassen beschränkt wird, sondern nach oben offen ist.

Hierfür käme folgende Fassung in Betracht:

"(2) Jeder Verbandsstaat leistet seinen Beitrag nach Massgabe der Zahl der von ihm übernommenen Einheiten.

(3) (Unverändert)

(4)(a) Jeder Staat gibt, wenn er Vertragspartei wird, an, wieviel Beitragseinheiten er zu übernehmen wünscht. Er kann jedoch später erklären, dass er eine andere Anzahl von Beitragseinheiten zu zahlen wünscht."

(Rest unverändert).

Die Klassen sind ganz fortgelassen, da sie entbehrlich sind. Die Regelung ist für beliebige Verschiebungen im Beitragsgefüge offen, die eine Änderung der Zusammensetzung des Verbands oder eine Änderung in der Finanzstruktur des Verbands erforderlich machen könnte.

* In den anderen Sprachen durch Verwendung der Suffixe "bis" und "ter". (Anmerkung des Verbandsbüros).

Falls es für notwendig erachtet wird, ausdrücklich klarzustellen, dass nicht nur volle Einheiten, sondern auch Zwischenstufen gewählt werden können, könnte jeweils gesagt werden: "Einheiten und/oder Bruchteile einer Einheit."

Sofern es erforderlich erscheint, die jetzigen Beitragsklassen auf die neue Regelung überzuleiten, könnte im obigen Vorschlag zu Absatz 2 als Satz 2 angefügt werden:

"Verbandsstaaten, die zu dem Zeitpunkt, an dem diese Akte für sie in Kraft tritt, Beiträge nach der Zusatzakte von 1972 zahlen, entrichten nach diesem Zeitpunkt, vorbehaltlich von Absatz 4 Satz 2, die von ihnen gewählte Zahl von Einheiten."

[Ende der Anlage V
und des Dokuments]